

Österreichs Beitrag zu der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

1. Ausgangssituation

1.1 Rechtliche und organisatorische Grundlagen

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) beruht auf dem neuen Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahr 2002 und dessen Novelle aus dem Jahr 2003. Als Hauptziele sind Armutsbekämpfung, Friedenssicherung sowie Schutz der natürlichen Ressourcen definiert. Allgemeine Leitprinzipien sind die Einbeziehung der Partnerländer („ownership“), der Respekt vor der kulturellen Vielfalt, die Gleichstellung der Geschlechter und die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und behinderten Menschen.

Seit Jänner 2004 setzt die Austrian Development Agency (ADA), ein privatrechtliches Unternehmen, unter der Führung und politischen Verantwortung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten die Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit um. Das Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik gibt die strategischen Leitlinien vor.

Das Außenministerium ist außerdem bevollmächtigt, die österreichische Entwicklungspolitik zu koordinieren. Österreich hat sich aktiv an der Annahme der Millenniums-Deklaration beteiligt und unterstützt die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) mit Nachdruck.

1.2 Südosteuropa

Auch die Österreichische Ostzusammenarbeit (OZA) ist an den übergreifenden Zielen der österreichischen Entwicklungspolitik zur Armutsreduktion ausgerichtet und verfolgt die MDGs. Die Kooperation mit der Schwerpunktregion Südosteuropa muss vor dem Hintergrund der Bestrebungen dieser Länder um die Integration in Europa gesehen werden. Im Hinblick auf die Konflikte der ausgehenden 90er Jahre steht eine Armutsbekämpfung im Mittelpunkt, die vor allem auf der Makro-Ebene ansetzt. Sie ist auf die Beseitigung von Kriegsschäden und die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet.

1.3 Konfliktprävention

Nahezu alle Partnerländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit liegen in Konfliktregionen. Maßnahmen zur Konfliktprävention und zur Friedenssicherung (Peacebuilding) sind wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit.

Dementsprechend durchzieht Konfliktprävention als Querschnittsthema alle Länderprogramme. Österreich bietet derzeit eine Reihe von Trainingsprogrammen zu Konfliktmanagement und Menschenrechten an und unterstützt Initiativen wie das Network of African Peace Builders (NAPS). Außerdem engagiert sich Österreich in der Konfliktmediation, für die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von bewaffneten Gruppen sowie bei der Reform der Sicherheitssysteme, beispielsweise in Ruanda und Uganda. Darüber hinaus plant Österreich, jedes neue Projekt auf seine Relevanz für Konfliktprävention zu überprüfen.

1.4 Humanitäre Hilfe

Österreichs humanitäre Hilfe folgt den diesbezüglichen Prinzipien der EU (EC Nr. 1257 vom 20. Juni 1996). Der Fokus liegt auf ausgewählten Partnerländern. Besonderes Augenmerk wird auf Synergien mit Zivilschutzmaßnahmen und auf die Verbindung von Nothilfe und langfristiger Entwicklung gelegt.

1.5 Information und Bildungsarbeit

Öffentliche Unterstützung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Erreichung der Millenniumsziele. Die MDGs werden daher in einer mehrstufigen Informationskampagne thematisiert, die auf diese internationalen Ziele allgemein sowie auf einzelne Ziele im Speziellen eingeht. Die Kampagne umfasst neben Öffentlichkeitsarbeit auch die Unterstützung zahlreicher Bildungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen.

2. Österreichische Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

2.1 Die Österreichische Entwicklungspolitik

Im Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik bekennt sich Österreich zum Einsatz für die MDGs. Österreich orientiert sich dabei an den Richtlinien des OECD-Entwicklungshilfesausschusses für Armutsbekämpfung. Seit 2000 verfolgt Österreich das Ziel der Armutsbekämpfung durch:

- die Auswahl der ärmsten Länder als Partnerländer,
- die Auswahl von besonders bedürftigen Regionen in diesen Partnerländern und die Förderung von Dezentralisierung,
- die Konzentration auf besonders benachteiligte Gruppen,
- Programme, von denen die Armen direkt profitieren.

Derzeit überprüft die OEZA alle Strategiepapiere auf ihre Relevanz für die Armutsbekämpfung.

Das neue Dreijahresprogramm für die Österreichische Entwicklungspolitik 2005 – 2007 wird den Fokus auf Armutsbekämpfung in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit Schritt für Schritt verstärken durch:

- besseren Informationsfluss zwischen den Koordinationsbüros in den Partnerländern, der ADA und dem Außenministerium,
- vermehrte Analyse- und Dokumentationsarbeit und noch stärkere Orientierung an den Zielgruppen und der Auswahl von Sekturmaßnahmen und Instrumenten mit klar armutsverringendem Effekt,
- die Unterstützung der Partnerländer bei der Erarbeitung und Entwicklung von adäquaten Politik- und Strategieprogrammen zur Armutsbekämpfung.

2.2 Effiziente Hilfe

Österreich ist durch die Entscheidung des Europäischen Rats von Barcelona gebunden und wird bis 2006 das Ziel, 0,33% des Bruttonationaleinkommens (BNE) in Entwicklungshilfe zu investieren, erreichen. Gleichzeitig will Österreich die Effizienz seiner Leistungen bei der Unterstützung der Partnerländer bei deren Entwicklungsbemühungen weiter verbessern. Das Budget 2004 hat einen ersten Schritt in diese Richtung gesetzt: Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wurden um 30 Millionen Euro erhöht, was eine Steigerung des Budgets für die bilaterale Programm- und Projekthilfe um 40% bedeutet. Nach der Erreichung der 0,33% wird Österreich auf das internationale Budgetziel von 0,7% hinarbeiten.

Mit dem Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung trägt Österreich vor allem zur Erreichung von Ziel 1 der MDGs bei. Österreich ermutigt seine Partner im Süden und Osten, armutsorientierte Politik zu gestalten und gleichzeitig Menschenrechte und Demokratie zu stärken. Rund 70% der bilateralen Programm- und Projekthilfe sind fünf Schlüsselregionen gewidmet, drei davon in Sub-Sahara Afrika. 51% der Mittel fließen an Staaten aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Die verbleibenden Mittel aus der bilateralen Hilfe werden für Sonderprogramme (z.B. Palästina), übergreifende Programme (z.B. Ko-Finanzierung für NGOs) und Aktivitäten innerhalb Österreichs (v.a. Information und Bildungsarbeit) verwendet.

Betrachtet man die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe-Leistungen (ODA) Österreichs, beträgt der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder aber nur 0,33%, was 0,08% des Bruttonationaleinkommens (BNE) entspricht. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit bemüht sich, ihren Armutsschwerpunkt zu stärken und will in den nächsten Jahren den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder zumindest auf 0,15% des BNE steigern.

2.2.1 Harmonisierung und Abstimmung (Alignment)

Österreich hat sich mit der Deklaration von Rom 2003 verpflichtet, die Entwicklungsschwerpunkte der Partnerländer zu respektieren und seine Aktivitäten mit anderen Gebern auf der Grundlage der je eigenen Prozesse in den Partnerländern abzustimmen.

Dazu nimmt Österreich an den verschiedenen Arbeitsgruppen und Netzwerken innerhalb des OECD-Entwicklungshilfesausschusses (DAC) und auf EU-Ebene teil. Neue Instrumente (SWaps, Budgetfinanzierungen etc.), die Anzahl der Partnerländer und der Sektoren ebenso wie Ausschreibungsverfahren sind Teil dieser Harmonisierungsbemühungen.

2.3 Kohärente Politik

Innerhalb Österreichs ist das Außenministerium für die Kohärenz aller entwicklungspolitisch relevanten Politik- und Verwaltungsbereiche verantwortlich.

Gemeinsam mit dem Finanzministerium arbeitet das Außenministerium an der Festlegung der österreichischen Prioritäten im Rahmen der internationalen Finanzinstitutionen. Im Handelsbereich wird eng mit dem Wirtschaftsministerium zusammengearbeitet (siehe Kap 4). Außerdem kooperiert das Außenministerium eng mit dem Lebensministerium bei der Umsetzung der österreichweiten Nachhaltigkeitsstrategie.

Ebenso werden die einzelnen Sektorpolitiken der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Wasser, Energie, ...) gemeinsam mit allen relevanten Interessensgruppen erarbeitet.

3. Erreichung der Millenniumsziele 1 bis 7 durch die Entwicklungsländer

Die Entwicklungsziele sind im fortlaufend erstellten Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik explizit als Orientierungspunkte für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit genannt. Das Programm definiert die geografische und sektorielle Konzentration der Programm- und Projekthilfe, die wiederum in Länderprogrammen spezifiziert wird. Diese werden im Dialog mit den Partnern in den Empfängerländern sowie anderen Gebern und Stakeholdern, besonders mit der EU, entwickelt. Auf Basis der genannten rechtlichen und organisatorischen Grundlagen arbeitet die OEZA systematisch an der Erreichung der Millenniumsziele mit und steht in permanentem Dialog mit allen Partnern über Planung, Umsetzung und Monitoring der Programme und Projekte.

3.1 Fokus auf die einzelnen Entwicklungsziele

3.1.1 Armutsbekämpfung

Die OEZA ist bestrebt, die besonderen Bedingungen und Interessen der verschiedenen AkteurInnen zu identifizieren, die für konkrete Fortschritte bei der Erreichung der MDGs förderlich sind. Die Sektorpolitiken für Ländliche Entwicklung und für Wasser und Siedlungshygiene haben diesen Anspruch bereits aufgenommen und konzentrieren sich besonders auf die Erreichung der Ziele 1, 4 und 7.

Dem zweiteiligen Ziel 1 – Beseitigung von extremer Armut und Hunger – nähert sich die OEZA entsprechend dem umfassenden DAC Konzept zur Armutsbekämpfung, das Ar-

mut nicht auf einzelne ökonomische Faktoren reduziert. Politische und soziokulturelle Dimensionen der Armut werden ebenso einbezogen wie die Faktoren Gender und Umwelt.

Die Indikatoren des ersten Zieles, die sich auf Armut und Hunger beziehen, sind für die Ausrichtung der OEZA besonders relevant. Österreich verfügt über langjährige Erfahrung und umfassendes Know-how in nachhaltiger Landwirtschaft und Bio-Landwirtschaft. Dieses Potenzial wird für die Erreichung von Ziel 1 genutzt und ist in die Sektorpolitik für Ländliche Entwicklung eingeflossen. Die Sektorpolitik setzt einen klaren Schwerpunkt auf Frauen, die als Kleinproduzentinnen im ländlichen Raum eine Kernzielgruppe für das erste Millenniumsziel sind, und ist mit einer klaren Ausrichtung auf Empowerment versehen.

Die OEZA geht strategisch auf die Zusammenhänge zwischen den Indikatoren 4 und 5 (untergewichtige Kinder, Bevölkerungsanteil mit zu niedriger Nahrungszufuhr) und 13, 14 und 16 (Kindersterblichkeit unter 5 Jahren, Säuglingssterblichkeit und Müttersterblichkeit) ein.

Hinsichtlich MDG 1 hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im zweiten Halbjahr 2004 gemeinsam mit dem Lebensministerium eine Informationskampagne rund um das Thema Ernährungssicherheit durchgeführt.

Bei den bestehenden Länderprogrammen geben insbesondere die Programme für Mosambik und Äthiopien einen guten Überblick über weitere Anstrengungen zur Ausrichtung aller Aktivitäten an der Armutsverringerung. In Mosambik ist der vorrangige Sektor Kleinlandwirtschaft in den landesweiten Entwicklungsansatz und in die Bemühungen um Dezentralisierung eingebettet. In Äthiopien ist der Bereich Ernährungssicherheit ein Schwerpunkt, der mit der Verbesserung der Vermarktung von Agrarprodukten verbunden wird.

3.1.2 Bildungszusammenarbeit und Entwicklung von Kapazitäten

Die Strategien der Österreichischen Bildungszusammenarbeit sind ebenfalls in einer Sektorpolitik festgelegt. Die Aktivitäten orientieren sich an den MDGs und am internationalen Ziel „Bildung für alle“.

Bildung trägt substantiell zur Reduktion der Armut, zur Verbesserung der Situation von Frauen, der Vorbeugung von AIDS und anderen Krankheiten und zur ökologischen Entwicklung bei. Da Bildung für alle Bereiche eine unterstützende Rolle spielt, setzt die OEZA in fast allen Programmen einen Schwerpunkt auf Bildung und den Aufbau von Kapazitäten.

Ziele der Österreichischen Bildungszusammenarbeit sind:

- Gesteigerter Zugang zu Bildung, vor allem für Mädchen und Frauen und andere sozial benachteiligte Gruppen,
- Qualitätssteigerung und -sicherung von Bildungsprogrammen,
- Unterstützung von Reformprozessen und Entwicklungsprogrammen der Partnerländer,
- Unterstützung von anderen Schwerpunktprogrammen der OEZA,

- Verkleinerung des Nord-Süd-Gefälles in Wissenschaft und Forschung,
- Stärkung demokratischer Institutionen.

Die Unterstützung der Österreichischen Bildungszusammenarbeit umfasst Grundschulbildung, Berufsausbildung und Ausbildung im Postsekundarbereich, einschließlich Wissenschaft und Forschung.

Im Bereich Grundschulbildung unterstützt die Bildungszusammenarbeit vor allem den Bildungszugang von benachteiligten Gruppen. Weitere Schwerpunkte sind die Verbesserung der Lehrpläne und der LehrerInnenausbildung. Diese Aktivitäten tragen zur Erreichung von Millenniumsziel 2 und 3 (Grundschulbildung für alle und Förderung der Geschlechtergleichstellung) bei.

Im Bereich der Berufsbildung unterstützt die OEZA Trainingsprogramme und die Verbesserung der Erwachsenenbildung. In Burkina Faso ist Berufsausbildung ein Schwerpunktsektor der OEZA.

Ähnliche Programme bestehen für die meisten anderen Partnerländer. Sie sind nicht nur relevant für MDG 7, Teilziel 11 (Verbesserung der Lebensbedingungen von SlumbewohnerInnen); durch Alphabetisierungskomponenten tragen sie vorwiegend zur Erreichung von MDG 2 bei.

Im Bereich höhere und weiterführende Bildung, Wissenschaft und Forschung geht es vor allem um Professionalisierung, Aus- und Aufbau von Institutionen sowie die Integration von Wissenschaft und Forschung in den Entwicklungsprozess. Die Förderung regionaler sowie internationaler Netzwerke sowie die Weiterbildung für ExpertInnen stehen im Mittelpunkt. Schwerpunktregionen sind Ostafrika und Bhutan. Diese Programme sind relevant für die Erreichung von MDG 2 sowie für alle mit Armut, Gesundheit und Umwelt verbundenen MDGs.

Derzeit wird an der Entwicklung weiterer Programme und Instrumente, z.B. sektorweite Ansätze (SWAs) und Budgetfinanzierungs-Programme im Bildungsbereich, gearbeitet.

3.1.3 Entwicklungsziel 3:

Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment von Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eines der Leitprinzipien der OEZA und spiegelt Österreichs Bekenntnis zu den relevanten internationalen Deklarationen (z.B. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), Konventionen (CEDAW) und Aktionsplänen (Peking-Plattform) wider. Obwohl sich MDG 3 speziell auf die Ausbildung von Mädchen konzentriert, ist die OEZA überzeugt, dass keines der MDGs erreicht werden kann, wenn nicht die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern angesprochen wird. Gender Mainstreaming ist daher wesentlich für alle Anstrengungen zur Armutsverringerung.

Die DAC-Richtlinien über Geschlechtergleichstellung bilden den Rahmen für die Aktivitäten der OEZA in diesem Bereich. Die OEZA setzt folgende genderorientierte Instrumente ein:

- Strategische Planung und Politikentwicklung, Umsetzung und Evaluierung,
- Bewertung von Projekten und Programmen nach Gender-Kriterien, um die Glaubwürdigkeit der Programme und Projekte zu garantieren,

- Monitoring von laufenden Prozessen, um mehr Bewusstsein für die notwendige Unterstützung von Frauen zu schaffen (in Österreich und in den Partnerländern),
- statistische Berichterstattung und Monitoring des Einsatzes des DAC Marker Systems,
- Studien zur Bewertung der Armutssituation und der Gender-Situation (Kap Verde),
- Strategie für Gender-Gleichstellung und Demokratisierung (Äthiopien).

Derzeit arbeitet Österreich daran, das generelle Bekenntnis zu Geschlechtergleichheit durch Gender Mainstreaming in Landes- und Sektorprogrammen zu spezifizieren. Die entsprechende Methodologie soll ausgebaut werden (z.B. genderspezifische Zielgruppenanalyse, genderbewusstes Projektzyklus-Management, Bewertung der Gender-Effekte von Projekten, genderbewusste Budgetanalyse). Ziel ist eine adäquate Datengrundlage, die später für Monitoring und Evaluierung der Projekte verwertbar ist. Diese Methoden werden die Anforderungen zur Berichterstattung über die MDGs berücksichtigen und den Fokus auf Armutsverringern und Empowerment von Frauen richten.

Laut offizieller Statistik hat Österreich 1 Mio. US-Dollar, d.h. 0,2% der ODA¹, für MDG 3, Teilziel 4 (Abschaffung von Geschlechterungleichheit im primären und sekundären Bildungssystem) gewidmet.

Beispiele für Programme:

Grundschulbildung: Projekte in Afghanistan und einigen afrikanischen Ländern; Unterstützung des Programms „Female Education in Mathematics and Science in Africa“ als aktives Mitglied der Association for the Development of Education in Africa (ADEA).

Sekundärbildung: Integration von Mädchen und jungen Frauen in Indien, Pakistan, Bolivien, Tansania, Uganda, Kenia (Beitrag zu Teilziel 4, Indikatoren 9/10: Verhältniszahl von Buben und Mädchen in Primär- und Sekundärschulen).

Frauen in nicht-landwirtschaftlichen Berufen: Kunstgewerbe- bzw. handwerkliche Ausbildungen in Uganda, Burkina Faso, Tansania; Projekte zur Klein- und Mittelbetriebsentwicklung z. B. in El Salvador, Tansania, in Flüchtlingscamps; Rehabilitationsprojekte für Kindersoldaten (Indikator 11: Anteil der Frauen in Lohnberufen außerhalb der Landwirtschaft).

Politische Partizipation: Trainings für weibliche Abgeordnete in Uganda, Netzwerkaufbau für Bürgermeisterinnen und Ausbildungsprogramme für politische Partizipation in den Balkanländern (Indikator 12: Anteil der Frauen in nationalen Parlamenten).

Im Zeitraum 2000 – 2003 wurden für spezifische (DAC Marker) frauenorientierte Programme und Projekte zwischen 520.000 und 1,88 Mio. Euro ausgegeben, für genderintegrierte Projekte zwischen 22,6 Mio. Euro und 35,5 Mio. Euro .

¹ vgl. DCD/DAC/STAT(2003)7, OECD Creditor Reporting System, Seite 13

3.1.4 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Dieser Sektor betrifft Ziel 7 (Nachhaltige Umwelt sichern), Teilziel 10 (Anzahl der Menschen ohne Wasser- oder Sanitärversorgung halbieren) und 11 (Bessere Lebensbedingungen für Slum-Bewohner).

Die Aktivitäten der OEZA im Bereich Wasser konzentrieren sich auf die Grundversorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen / Siedlungshygiene auf kommunaler Ebene. Wasser wird als Basis für Ernährungssicherheit, Gesundheit, wirtschaftliche und regionale Entwicklung gesehen.

Die Hauptziele der Programme sind:

- Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen in ausreichender Quantität, Qualität und Verfügbarkeit für alle Menschen einer Region,
- Schutz von Wasserquellen (rechtlich, organisatorisch, technisch),
- Versorgungssicherheit,
- Leistbarkeit und Kosteneffizienz, nachhaltige Finanzierbarkeit.

Die Wasserprojekte müssen in eine umfassende regionale Entwicklung eingebunden sein und zielen auf Stärkung der lokalen Kapazitäten und mittelfristige Selbstorganisation der Wasser- und Sanitärversorgung ab. Die internationalen Erfahrungen im Wasserbereich finden in der Wasserpolitik der OEZA in Konzepten wie z.B. sektorweiten Ansätzen, haushaltszentrierter, umweltgerechter Siedlungshygiene, Comprehensive Development Framework oder Public-Private-Partnerships ihren Niederschlag. Neuen und alternativen Technologien wie Solarenergie, ökologischer Abwasserentsorgung und verbesserter Regenwasser-Ernte wird besondere Beachtung geschenkt. Jüngste Entwicklungen wie die EU Wasserinitiative oder das Water and Sanitation Programme der Weltbank belegen, dass OEZA-Aktivitäten im Wassersektor voll in die internationalen Anstrengungen zur Geberkoordination integriert sind.

Beispiel:

Uganda – South Western Towns Water and Sanitation Programme (SWTWS)

1986 rief die Regierung Ugandas das Programm „Wasser für alle“ ins Leben, um die gesamte Bevölkerung bis 2015 mit sauberem Wasser zu versorgen. Seit den frühen 90er Jahren unterstützt Österreich Uganda bei der Umsetzung dieses Programms, seit 1996 läuft das von der OEZA finanzierte Programm SWTWS. In einer ersten Phase wurden 18 Kleinstädte und ländliche Wachstumsgebiete in sieben Bezirken Ugandas mit Wasser versorgt. Die zweite Phase startete 2004 und wird eine weitere Gruppe von 17 Kleinstädten und Wachstumsgebieten erfassen. Das Programm wird von der ugandischen Regierung kofinanziert, Österreich investiert 11 Millionen Euro. Das Programm entspricht zur Gänze den MDGs.

3.1.5 Energie

Österreich ist seit Jahren eine treibende Kraft der internationalen Diskussion rund um Energie und nachhaltige Entwicklung. 1999 wurde das Global Forum on Sustainable

Energy (GFSE) als Dialogplattform verschiedenster Anspruchsgruppen gegründet. Vier internationale Konferenzen und mehrere Regionalkonferenzen fanden seither statt (www.gfse.at). Dementsprechend wurde Energie als Thema und Aufgabe der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit deutlich aufgewertet.

Österreich nimmt an der EU Energieinitiative teil und hat sich verpflichtet, zur vorgeschlagenen Fazilität für Partnerschaft und Dialog beizutragen. In Vorbereitung auf die „Energy for Development“-Konferenz im Dezember 2004 in den Niederlanden arbeitete Österreich daran, die Rolle des Energiesektors für die Erreichung der MDGs genauer zu definieren.

3.1.6 Gesundheit

Österreich betrachtet Gesundheit als Menschenrecht und würde wünschen, dass die MDGs über die Zieldefinition hinsichtlich Müttersterblichkeit hinaus auch den Bereich der reproduktiven Gesundheit und Rechte stärker beinhalten würden (Abkommen der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994).

Aufgrund fehlender Ressourcen ist Gesundheit aber kein Haupt-Einsatzbereich der OEZA. Dennoch unterstützt die OEZA wegen der speziellen Situation in ihren Partnerländern Gesundheitsprogramme in Nicaragua, Äthiopien und Palästina, die von verlässlichen Partnern vor Ort getragen werden. Der Fokus bei allen drei Programmen liegt auf Minderheiten und marginalisierten Gruppen. Ziel ist die Bereitstellung von kostengünstigen, hochqualitativen Versorgungsnetzen, die auch in der Vorbeugung von Krankheiten und Gesundheitsaufklärung arbeiten.

Der Schwerpunkt der österreichischen Leistungen im Gesundheitsbereich liegt auf der Verbesserung von Gesundheitsversorgung durch Trainings und Infrastruktur, wodurch auch die institutionellen und personellen Kapazitäten in den Partnerländern verbessert werden.

Österreich widmete 2000 bis 2001 dem MDG 4 (Reduzierung der Kindersterblichkeit) und seinem Teilziel 5 (Kindersterblichkeit unter 5 Jahren um zwei Drittel verringern) eine Million Dollar, das sind 0,3 % der ODA. Für Ziel 6 (Bekämpfung von AIDS/HIV, Malaria und anderen Krankheiten) wurden 8,8 % der ODA bzw. 38 Mio. US-Dollar investiert.

Für das gesundheitsrelevante Ziel 7 (Nachhaltige Umwelt) und seine Teilziele 10 und 11 (Zugang zu sauberem Trinkwasser, Sanitäranlagen und bessere Lebensbedingungen für SlumbewohnerInnen) wurden 46 Mio. Dollar oder 10.5 % der ODA ausgegeben.

4. Entwicklungsziele 7 und 8

4.1 Entwicklungsziel 7: Nachhaltige Umwelt

4.1.1 Teilziel 9

Integration der nachhaltigen Entwicklung in Landes- und Sektorprogramme (siehe dazu den 7. Österreichischen Umweltkontrollbericht auf www.uba.at).

4.2 Entwicklungsziel 8: Eine globale Partnerschaft für Entwicklung aufbauen

4.2.1 Statistik über öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs

Netto ODA in Prozent des Bruttonationaleinkommens

1995	2000	2002	2003
0.27	0.23	0.26	0.20

Prozentsatz der gesamten bilateralen, für elementare soziale Dienste zuweisbaren ODA
(Grundschulbildung, Basisgesundheitsversorgung, Ernährung, sauberes Wasser und Abwasserentsorgung)

1995-1996	1997-1998	1999-2000	2001-2002
2.6	9.5	21.8	14.7

Prozentanteil der bilateralen Hilfe, die ungebunden ist

(d.h. deren Vergabe nicht an die Umsetzung durch Auftragnehmer / Partner aus einem bestimmten Land gebunden ist)

1995	2000	2002
25.0	59.2	69.0

Anteil der ODA für kleine Inselstaaten, die Entwicklungsländer sind

1995	2000	2002
3.4	2.5	1.4

Anteil der ODA für Binnenstaaten

1995	2000	2002
14.0	15.1	14.2

4.3 Entwicklungsziel 8, Teilziel 12: Marktzugang ermöglichen

Die Integration der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in das internationale Handelssystem kann einen beträchtlichen Beitrag zum ökonomischen Wachstum und zur Armutsbekämpfung leisten. Österreich unterstützt die Verringerung bzw. Beseitigung von Handelsbarrieren – vor allem jene, die LDCs betreffen – und hat sich auch bei der Doha-Konferenz der WTO² dafür eingesetzt. Seit 2003 implementiert Österreich die „Everything but Arms“-Initiative der EU.

Die OEZA ist sich bewusst, dass der Abbau von Handelsbarrieren und Marktöffnung der Industrieländer nicht automatisch zur Erhöhung der Exporte aus LDCs führen wird. Viele dieser Länder haben weder genügend Exportgüter noch die Produktionskapazitäten, um von offenen Märkten zu profitieren.

Dazu kommt, dass viele LDCs Probleme haben, ihre Exportgüter den internationalen Standards und Qualitätserfordernissen anzupassen.

Deshalb setzt sich Österreich im Rahmen der EU dafür ein, durch Bereitstellung von technischer Hilfe den LDCs die Möglichkeit zu geben, ihre Handels- und Exportkapazitäten zu vergrößern. Österreich hat auch die Einrichtung eines EU Help Desk für Exportbetriebe mit dem Fokus auf Entwicklungsländer unterstützt. Ebenso stärkt das Cleaner Production Programme der UNIDO, das von Österreich wesentlich mitfinanziert wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer durch umweltschonende Produktion von Gütern, die europäischen Standards entsprechen.

KonsumentInnen in Industrieländern spielen eine wesentliche Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von ProduzentInnen in Entwicklungsländern. Deshalb fördert die OEZA die Fair Trade Initiative sowohl in Österreich als auch in den Partnerländern.

Als effizientes Instrument zur Förderung des Handels unterstützt Österreich Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern. Die Verringerung von Handelsbarrieren zwischen Entwicklungsländern bietet ebenfalls ein wichtiges und häufig vernachlässigtes Potenzial für Wirtschaftswachstum und Armutsminderung.

Proportion of total bilateral, sector-allocable ODA provided to build trade policy and regulations capacity (%)		Proportion of total bilateral, sector-allocable ODA provided to build trade development capacity (%)	
2001	2002	2001	2002
0.0	0.1	0.1	0.1

² World Trade Organisation

4.4 Entwicklungsziel 8, Teilziel 15: Nachhaltige Schuldenreduktion

4.4.1 Status und Trends

In vielen armen Ländern ist die enorme Schuldenlast eine riesige Barriere für die ökonomische und soziale Entwicklung. Das Thema Entschuldung hat in letzter Zeit größeren Raum in der Entwicklungspolitik Österreichs eingenommen – Österreich unterstützt einige Entschuldungsaktionen und hat die HIPC-Initiative von Anfang an in seine Entwicklungszusammenarbeit einbezogen.

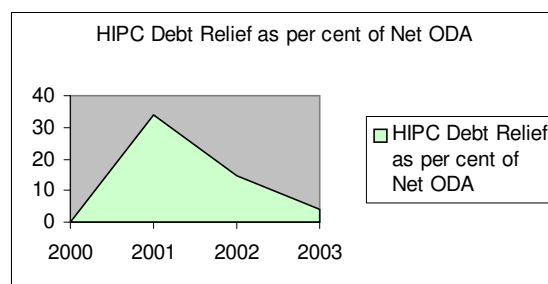
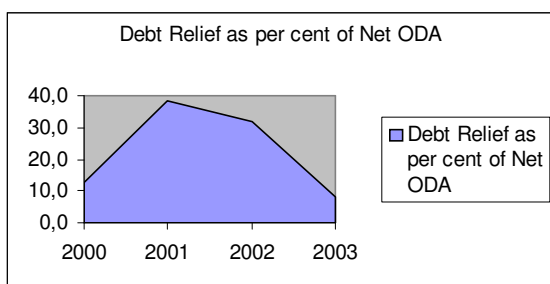
Zwischen 2001 und 2003 hat Österreich mehr als 300 Millionen Euro für die HIPC Initiative ausgegeben. Weitere umfangreiche Maßnahmen sind geplant. Neun HIPC Länder (Burkina Faso, Mosambik, Nicaragua, Tansania, Uganda, Äthiopien, Ruanda, Senegal und Burundi) sind Partnerländer der OEZA. Österreich zahlt außerdem in den HIPC Trust Fund der Weltbank ein. Ein Anteil der österreichischen Zahlungen in den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) fließt ebenfalls in diesen Topf.

Entschuldung als Prozentsatz der ODA (Official Development Aid)

1995	2000	2002
6.2	12.7	31.9

Schuldenerlass im Rahmen von HIPC als Prozentsatz der ODA

2001	2002
38.3	14.7



Weitere bilaterale Entschuldungsmaßnahmen basieren auf einem 1997 verabschiedeten Gesetz (BGBl. I No. 84/1994), das den Erlass von Schulden in der Höhe von 123,5 Millionen Euro festschreibt – ein Großteil davon wurde bereits erlassen.

Zusammen mit anderen Ländern unterstützt Österreich darüber hinaus ein Schulden-Management Programm, das sich nun in der dritten Phase befindet und bis 2005 läuft. Ziel des Programms ist, die Regierungen der HIPC-Länder dabei zu unterstützen, ihre nationalen Entschuldungsstrategien unabhängig zu erarbeiten. Sie demonstrieren damit der internationalen Staatengemeinschaft sowie ihrer Bevölkerung, dass sie sich einem effektiven Schuldenmanagement auch über die HIPC-Initiative hinaus verpflichtet fühlen.

5. Prioritäten und Aktionen bis 2015

Österreich wird auch weiterhin seine Partnerländer bei der Erreichung der Millenniumsziele entsprechend ihrer eigenen Entwicklungsschwerpunkte unterstützen. Dabei wird Österreich in enger Kooperation mit anderen Geberländern und -institutionen, vor allem der EU, vorgehen. Empfehlungen, die sich aus internationalen Konferenzen wie z.B. dem 2005 stattfindenden Gipfel der UNO zu den Millenniums-Entwicklungszielen ergeben, werden Berücksichtigung finden.

5.1 Verfügbarkeit von Daten

Um die Effektivität von Entwicklungsprogrammen und -projekten zu messen, ist die Verfügbarkeit von relevantem Datenmaterial dringend notwendig. Von Beginn jeder Intervention an muss ein umfassendes System von signifikanten Daten über den Armutsstatus aufgebaut werden. Im weiteren Verlauf muss auf diese Daten Bezug genommen und ihre Veränderung im Zeitvergleich überprüft werden.

5.2 Fortlaufende Information und Wissensvermittlung

Zusätzlich zu der anfangs erwähnten Informationskampagne widmet die OEZA 350.000 Euro für Projektanträge, die sich mit den Millenniums-Entwicklungszielen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auseinandersetzen. 2004 fand dazu eine Ausschreibung statt, elf Projekte wurden finanziert und werden bis Ende September 2005 umgesetzt. Die Aktivitäten werden österreichweit unter einem gemeinsamen Logo stattfinden.